

**162. Sitzung**

**Donnerstag, den 10.10.2019**

**Erfurt, Plenarsaal**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14123
Hennig-Wellsow, DIE LINKE	14123
Möller, AfD	14124
Primas, CDU	14125, 14126
König-Preuss, DIE LINKE	14125
Geibert, CDU	14126
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14126
Fiedler, CDU	14127, 14127
Blehschmidt, DIE LINKE	14127

**Konsequenzen ziehen aus dem  
möglicherweise neutralitäts-  
und rechtswidrigen Handeln  
des Präsidenten des Amtes für  
Verfassungsschutz**

Antrag der Fraktion der AfD  
- Drucksache 6/7821 -

*Die Beratung unterbleibt.*

**Anwesenheit der Abgeordneten:****Fraktion der CDU:**

Bühl, Diezel, Fiedler, Geibert, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Dr. König, Kowalleck, Lehmann, Liebetrau, Malsch, Mohring, Primas, Rosin, Scherer, Schulze, Tasch, Prof. Dr. Voigt, Walk, Wirkner, Worm, Wucherpennig, Zippel

**Fraktion DIE LINKE:**

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaff, Skibbe, Stange, Wagler

**Fraktion der SPD:**

Becker, Dr. Hartung, Hey, Lehmann, Marx, Pelke, Taubert, Warnecke

**Fraktion der AfD:**

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Rudy

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Adams, Henfling, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

**fraktionslos:**

Rietschel

**Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:**

Die Minister Maier

Beginn: 9.03 Uhr

**Präsidentin Diezel:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Vertreter der Landesregierung, unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, darunter den Gesandten der Schwedischen Botschaft – Herr Frisell, herzlich willkommen! –,

(Beifall DIE LINKE)

und die Medien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wir alle stehen noch unter dem Eindruck der entsetzlichen Bilder des gestrigen Anschlags in Halle. Ein Rechtsextremist, ein Antisemit, wollte mit unbeschreiblicher Grausamkeit ein Massaker in der dortigen Synagoge verüben – gerade, als man das jüdische Versöhnungsfest feierte. Auf seinem Weg tötete er zwei Menschen und verletzte Passanten. Diese Abscheulichkeit gipfelt darin, dass er diese Tat filmte und ins Internet stellte. Das ist entsetzlich und menschenverachtend.

(Beifall im Hause)

Unsere Gedanken sind bei den Todesopfern und ihren Angehörigen sowie den Verletzten, denen wir eine baldige Genesung wünschen. Es ist zutiefst schockierend, dass jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger das Ziel eines solchen Anschlags waren. Ich versichere der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, insbesondere in Thüringen: Wir stehen uneingeschränkt an Ihrer Seite und werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit Hass und Gewalt in unserer Gesellschaft nicht weiter Raum greifen.

(Beifall im Hause)

Ich habe großes Vertrauen in die Arbeit der Bundesanwaltschaft und hoffe auf eine zügige und ebenso gründliche Aufklärung dieser unmenschlichen Tat. Der Dank gilt den Einsatz- und Rettungskräften. Um der Opfer des Anschlags zu gedenken, bitte ich Sie, sich für eine Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben. – Danke schön.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten – Frau Rothe-Beinlich, hatten Sie sich gemeldet? Bitte schön.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich noch vor Eintritt in die Tagesordnung oder Be-

schluss über die Tagesordnung eine Auszeit von mindestens 30 Minuten.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Aus welchem Grund?)

**Präsidentin Diezel:**

Okay. Wir treffen uns wieder um 9.35 Uhr.

Ich denke, wir können fortsetzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags aufgrund eines Antrags der Fraktion der AfD einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in der Drucksache 6/7822 vor.

Für diese Plenarsitzung hat als Schriftführer Abgeordneter Bühl neben mir Platz genommen. Die Redeliste führt die Frau Abgeordnete Müller.

Es haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Emde, Herr Abgeordneter Gentele, Herr Abgeordneter Grob, Herr Abgeordneter Kobelt, Frau Abgeordnete Lieberknecht, Frau Abgeordnete Mühlbauer, Herr Abgeordneter Müller, Frau Abgeordnete Muhsal, Herr Abgeordneter Dr. Pidde, Frau Abgeordnete Scheerschmidt, Herr Abgeordneter Tischner, Herr Ministerpräsident Ramelow, Frau Ministerin Keller, Frau Ministerin Siegesmund, Frau Ministerin Taubert und Frau Ministerin Werner.

Gestatten Sie mir noch folgenden Hinweis: Ich möchte darauf hinweisen, dass der Antrag nicht in der von der Geschäftsordnung vorgegebenen Frist von sieben Tagen verteilt wurde, weshalb über eine Fristverkürzung zu beschließen wäre. Aufgrund der im Vorfeld getroffenen Verständigung mit den Fraktionen über den heutigen Termin der Sondersitzung gehe ich davon aus, dass die Fristverkürzung angenommen ist. Nein?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Wir möchten eine Erklärung abgeben!)

Bitte.

**Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, der gestrige Tag hat den Blick auf die heutige Plenarsitzung verändert. Die politische Situation in Deutschland ist noch mal, gerade was die Gefahr durch Rechtsextremismus, die Gefährdung von Menschen in Deutschland angeht, in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt worden, mit aller Ernsthaftigkeit und mit aller Trauer, die wir wahrscheinlich gemeinsam tragen.

**(Abg. Hennig-Wellsov)**

Das verändert auch unseren Blick auf die heutige Sitzung, weil wir hier eine Fraktion haben, die Stichwortgeber für solche Taten ist, die Stichwortgeber für den Rechtsextremismus in Deutschland ist

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die daran beteiligt ist, einen Spaltpilz in die deutsche Gesellschaft, in die Menschen in diesem Land zu treiben.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Unerhört!)

Gestern sollten in Halle Frauen, Kinder, Männer in einer Synagoge ermordet werden. Diese Tat wirft ihren Schatten auf den heutigen und auf den nächsten Tag, und auf das politische Handeln müssen wir umso genauer achten.

Deswegen kann ich hier für die Koalition sagen, dass wir heute der Fristverkürzung nicht zustimmen, um uns zum Ersten angemessen mit den Themen zu befassen, zum Zweiten einer Fraktion nicht zuzugestehen, sich als Opfer zu generieren,

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zum Dritten einer zweiten Fraktion hier im Saal nicht die Verquickung mit der Gedenkstätte Buchenwald in aller Instinktilosigkeit heute hier zuzugestehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, liebe Abgeordnete, werte Präsidentin, werden wir der Fristverkürzung nicht zustimmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Gut. Bitte schön, Sie möchten das Wort? Ja.

**Abgeordneter Möller, AfD:**

Ich möchte auch gern eine Erklärung für meine Fraktion abgeben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, es ist jetzt schon ein starkes Stück, was Sie hier abliefern, Frau Hennig-Wellsov. Zum einen natürlich, dass Sie versuchen, diesen gestrigen Mordanschlag, den wirklich das ganze Haus hier verurteilt hat, und zwar jeder einzelne Abgeordnete, zu nutzen, um ihn parteipolitisch zu instrumentalisieren, um ihn sozusagen der AfD, also einer Fraktion in der Opposition, anzuheften. Das ist ein ziemlich schäbiger Versuch, mit den Opfern von Halle Wahlkampf zu betreiben.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Was Sie machen!)

Das weisen wir deswegen auch in aller Form zurück.

Dann möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Sie wissen ganz genau eines: Diese Sitzung hier ist nur zustande gekommen, weil im Vorfeld von allen Fraktionen signalisiert worden ist, dass man mit dieser Fristverkürzung einverstanden ist. Wir sind nicht diejenigen gewesen, die gesagt haben, diese Sitzung muss unbedingt heute, am Donnerstag, stattfinden. Sie haben selbst zugestimmt. Das jetzt zurückzuziehen, zeigt, was Ihr Wort am Ende wert ist, auch in prozessualen Fragen. Was Sie hier machen, ist nichts anderes als das, was Sie uns oft genug vorgeworfen haben. Sie instrumentalisieren die Geschäftsordnung für billige politische Spielchen, und das sollte der Landtag uns allen nicht wert sein.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir können mit einfacher Mehrheit abstimmen. Erhebt sich Widerspruch? Ja. Dann stimmen wir über den Antrag und die Fristverkürzung ab. Gemäß § 66 Abs. 2 der Geschäftsordnung muss bei der Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden, damit diese Fristverkürzung durchkommt. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Fraktionen der AfD und der CDU sowie Abgeordneter Rietschel. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Fristverkürzung nicht zugestimmt und sie ist abgelehnt.

Es liegt ein weiterer Antrag für die heutige Sitzung seitens der CDU-Fraktion in der Drucksache 6/7831 „„Politischer Skandal‘ um die Gedenkstätten Buchenwald und Mittel-Dora? Transparenz herstellen und weiteren Schaden von der Stiftung abwenden.“ vor.

Die Fraktion möchte die Eilbedürftigkeit begründen?

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Ja!)

Bitte schön.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eigentlich gibt es keine Sitzung mehr!)

(Zwischenruf Abg. Jung, DIE LINKE: Wir haben keine Sitzung!)

**Abgeordneter Primas, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den Vorkommnissen in Halle möchte ich mich gern den inhaltlichen Ausführungen unserer Präsidentin vollumfänglich anschließen. Danke schön.

Die Behandlung des Ihnen vorliegenden Antrags ist aus folgenden Gründen dringlich. Im Mai 2019 hat der Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora den ehemaligen Leiter der Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Dr. Stefan Hördler, fristlos entlassen. Auf diese Kündigung haben die regionalen Netzwerkpartner der Gedenkstätte mit Unverständnis reagiert und mit einer öffentlichen, an den Ministerpräsidenten gerichteten Positionierung vom 27.07. die Aufklärung der Angelegenheit verlangt. Die Abgeordnete Becker hat eine Kleine Anfrage gestellt und die CDU-Fraktion hat in einem Antrag gemäß § 74 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Aufklärung dieses undurchsichtigen Vorgangs verlangt. Das Abstimmungsprozedere im Stiftungsrat der Stiftung am 08.05. war bereits früh Gegenstand öffentlicher Erörterungen, die bis heute nicht öffentlich geklärt sind. Weder im Landtagsausschuss noch in der Antwort auf die genannte Kleine Anfrage hielt die Landesregierung es für erforderlich oder möglich, die offenen Fragen zu beantworten. Fragen nach den Vorgängen im Stiftungsrat wick die Landesregierung mit der Formulierung aus: Letztlich hätten alle notwendigen Zustimmungen der Mitglieder des Stiftungsrats für die Kündigung vorgelegen, einschließlich beider Zuwendungsgeber. Die Frage, ob das Thüringer Finanzministerium von einem der Zuwendungsempfänger zu einer nachhaltigen Zustimmung gedrängt worden ist, bleibt offen.

Wir erwarten hierzu nachvollziehbare Einlassungen der Landesregierung, und zwar umgehend – heute. Die Dringlichkeit liegt auf der Hand. Die Veröffentlichung eines Beitrags des Magazins „Spiegel“ unter dem Titel „Barocke Prozeduren“ am 05.10. und die weitere Berichterstattung dazu haben die Stiftung mit besonderer Wucht getroffen. Der „Spiegel“ und der „Deutschlandfunk“ werfen die Frage auf, in welchem Umfang die Entlassung auf das Führungsverhalten des Direktors der Stiftung zurückgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Prof. Dr. Knigge, dem allenthalben große Verdienste um die Stiftung zugutegehalten werden, hat die Vorwürfe zurückgewiesen. Der Stiftungsrat hat sich hinter den Direktor gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Berichterstattung rücken jedoch insbesondere die Vorkommnisse in der erwähnten Stiftungsratssit-

zung am 08.05. in das Zentrum des Interesses. Der Thüringer Korrespondent des Deutschlandfunks, Henry Bernhard, spricht mit Blick auf den mutmaßlichen Druck auf das Finanzministerium von einem politischen Skandal. „Bild Thüringen“ bemerkt zu einer ausführlichen Stellungnahme von Prof. Dr. Knigge, er habe die Frage offengelassen, warum Dr. Hördler entlassen worden sei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hanno Müller fordert die Gedenkstätte und das Land in der „Thüringer Allgemeinen“ auf, den Berichten und Mutmaßungen mit Transparenz den Boden zu entziehen. Dies ist in der Tat dringend – heute! – erforderlich, denn der Imageschaden für die über Thüringen hinausgehende Stiftung ist bereits heute beträchtlich.

(Beifall CDU)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank. Möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen? Bitte schön, Frau Abgeordnete König-Preuss.

**Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Gäste, die Drucksache trägt das heutige Datum, 10. Oktober 2019. Wir alle wissen, was gestern geschehen ist, und es ist aus unserer Sicht eine Frage des Respekts, heute diesen Antrag hier nicht zu behandeln.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sprechen uns unter anderem deswegen und auch wegen der in der Begründung erwähnten Daten, die ja nicht von gestern, vorgestern oder den letzten Wochen stammen, gegen die Dringlichkeit aus. Eine angemessene Auseinandersetzung ist am heutigen Datum falsch. Und was heute noch hinzukommt: Zum einen würde die Leistung von Herrn Knigge in den letzten Jahren damit ignoriert bzw.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zumindest von Teilen der hier anwesenden Rechtsaußen-Partei in den Dreck gezogen werden und man würde zum anderen heute der AfD Raum geben, sich gegen die bisherige Arbeit der Gedenkstätte zu positionieren. Wir alle wissen, wie die Gedenkstätte in den letzten Jahren dort gehandelt hat, wie eindeutig sie sich positioniert hat. Allein, um uns am heutigen Tag solidarisch zur Gedenkstätte zu verhalten, ist es notwendig, die Dringlichkeit dieses Antrags zurückzuweisen.

**(Abg. König-Preuss)**

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit – ich nehme an, auch mit Zweidrittelmehrheit.

(Zuruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Ja, es gibt Widerspruch. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für die Behandlung dieses Antrags ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die CDU-Fraktion, die AfD-Fraktion und Abgeordneter Rietschel. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und die Dringlichkeit abgelehnt.

Bitte schön – ein Geschäftsordnungsantrag?

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Ja, Frau Präsidentin, ich würde gern eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben. Ich bin erschüttert, wie tragische Ereignisse des gestrigen Tages, eine widerliche Mordtat in Halle, hier instrumentalisiert werden, um parlamentarische Prinzipien und Grundsätze, die sich in 30 Jahren in diesem Land entwickelt haben, zu desavouieren. Also, ich bin wirklich zutiefst erschüttert dabei.

(Beifall CDU, AfD)

Es kann nicht sein, dass parlamentarische Gepflogenheiten wie die Absprache zu Sondersitzungsterminen, wie das in der letzten Woche der Fall war, heute hier negiert werden. Es wird auch verweigert, eine Gedenkstätte, die weit über Deutschland hinaus einen guten Ruf genießt, in ihrem Ruf zu bestätigen und zu unterstützen und dieses hier heute zu thematisieren und Transparenz herzustellen.

Ich habe deshalb natürlich mit Ja gestimmt, für diese Fristverkürzung, um für die Gedenkstätte diese Möglichkeit zu geben und das hier einzuräumen und der Staatskanzlei die Möglichkeit zu geben, Transparenz herzustellen. Ich finde, Rot-Rot-Grün hätte gut daran getan, sich an demokratische Gepflogenheiten zu halten. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

**Präsidentin Diezel:**

Herr Abgeordneter Adams, Sie möchten auch eine Erklärung abgeben? Bitte.

**Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte eine Erklärung zu meinem Stimmverhalten abgeben und damit zudem auch auf das eingehen, was Herr Kollege Geibert gerade gesagt hat.

Wäre der CDU an einer sachlichen, wie hier eben dargestellt wurde, inhaltlichen und auf parlamentarischen Grundsätzen beruhenden Debatte gelegen gewesen, hätte sie diesen Antrag früher als heute Morgen hier eingereicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer die Landesregierung bittet zu berichten, dies ernsthaft erwartet und ernsthaft möchte, dass hierüber diskutiert werden soll, muss der Landesregierung auch die Möglichkeit geben, sich auf diese Fragen vorbereiten zu können, was in wenigen Stunden gut möglich ist, aber nicht in wenigen Minuten.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich gegen die Dringlichkeit gesprochen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Ich sehe noch zwei Wortmeldungen, und zwar von Herrn Abgeordneten Primas und Herrn Abgeordneten Fiedler, zur Erklärung zum Abstimmungsverhalten.

**Abgeordneter Primas, CDU:**

Frau Präsidentin, ich habe für die Fristverkürzung gestimmt, weil genau das passiert ist: Die Anträge sind parlamentarisch vernünftig, in aller Ruhe gestellt worden. Eine Kleine Anfrage ist gestellt worden. Es ist ein Antrag im Ausschuss gestellt worden. Und es gab nichts Erklärendes. Jetzt haben wir die Berichterstattung – ein dramatischer Druck, der auf der Gedenkstätte und allen, die damit zu tun haben, liegt. Wir wollten einfach nur diesen Druck nehmen, deshalb der Antrag heute. Ich bedaure sehr, dass ihm nicht gefolgt wurde.

(Beifall CDU, AfD)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Herr Abgeordneter Fiedler, bitte.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Frau Präsidentin, darf ich noch zu meinem Abstimmungsverhalten zu Punkt 1 etwas sagen? Das ging so schnell vorhin.

**Präsidentin Diezel:**

Eigentlich nicht.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Ja oder nein? Ihr könnt euch da drüben aufregen, wie ihr wollt!

**Präsidentin Diezel:**

Eigentlich nein.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Na ja, ich sage trotzdem, es ist eine Unverfrorenheit, dass wir heute nicht über die Dinge reden, um gerade der AfD mal die Maske vom Gesicht zu reißen, anstatt das weiter zu verschieben und sie noch in eine Märtyrerrolle zu treiben. Das ist meine Meinung. Heute hätten wir hier reden müssen.

(Beifall CDU)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank. Herr Blechschmidt, bitte.

**Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:**

Danke, Frau Präsidentin. Ich möchte auch zu meinem Abstimmungsverhalten eine Erklärung abgeben. Ich möchte an den Kollegen Geibert anknüpfen. Ich bin jetzt fast 12, 13 Jahre Parlamentarischer Geschäftsführer, habe also die Rolle auch im Rahmen der Opposition gespielt – nicht nur gespielt, sondern ernsthaft betrieben. Was die Frage von Absprachen hier anbetrifft: Ja, Absprachen gelten so lange, wie sie auch von allen Seiten eingehalten werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihrem Antrag haben Sie deutlich gemacht, ohne vorher zu signalisieren, dass diese Sondersitzung erweitert werden soll, dass Sie diesen Antrag anders benutzen wollen. Demzufolge habe ich diesem nicht zugestimmt. Ich werde mich aber massiv dafür einsetzen, dass wir zeitnah – ich hoffe, innerhalb einer Woche – in einem Sonderplenum diese Fragen, die jetzt noch auf der Tagesordnung stehen, abarbeiten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Alle irre hier!)

Herr Abgeordneter Fiedler, bitte halten Sie sich zurück.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Alle irre hier!)

Dann bekommen Sie eine Rüge dafür.

Ich schließe die heutige Sondersitzung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg.

Ende: 9.57 Uhr